

Neueste Nachrichten.

Das Gutachten des ersten Sachverständigenausschusses ist von Paris während der vergangenen Nacht nach Berlin übermittelt worden. Die politische Frage des Ruhrproblems ist nicht berührt, die Höhe der deutschen Schuld nicht bestimmt und die Anzahl der Jahresrenten nicht angegeben worden. Es scheint, daß der Ausschuss in der letzten Zeit außerordentlich stark von den Pariser Politikern beeinflusst worden ist, jedoch gibt der Bericht Aussicht auf eine Verständigung.

In den politischen Kreisen Berlins werden die Gutachten der Sachverständigen als diskussionsfähig angesehen.

Die französische Regierung erklärt, die Verhandlungen im besetzten Gebiete nicht nur zu ermöglichen, sondern sie auch zu erleichtern.

Nach dem Bericht von Mac Kenna werden die deutschen Guthaben im Auslande auf 6 1/2 Milliarden geschätzt.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht erklärt, daß die von den Experten genannten Ziffern untragbar seien, jedoch sei die Möglichkeit gegeben, zu einem annehmbaren Vergleich zu kommen.

Bericht des Sachverständigen-Ausschusses.

„Matin“ teilt die wichtigsten Einzelheiten aus dem Inhalt des Berichtes mit. „Petit Parisien“ gibt die Uebersage für heute 10 Uhr an. Gegen 11 Uhr soll die Presse Mitteilungen erhalten. Laut „Matin“ enthält der Bericht 60 Seiten und hat vier Teile:

1. Einleitungsbrief, der an Amerika gerichtet ist,
2. eine Uebersicht, enthaltend die Hauptgrundsätze, die bei den Arbeiten und Schlussfolgerungen befolgt worden sind,
3. den eigentlichen Bericht,
4. zehn Beilagen von Wichtigkeit, die einen Teil der Beweisführung enthalten, sowie das Projekt für die Goldnotenbank, die Eisenbahngesellschaft u. die Hypothekenanstalt der Industrie.

Als Zweck wird bezeichnet: Heilung der Reichsfinanzen und Erzielung möglichst hoher Jahreszahlungen für die Reparationskasse. Die politische Frage des Ruhrproblems ist nicht berührt, die Höhe der deutschen Schuld nicht bestimmt und die Anzahl der Jahresraten nicht angegeben worden.

Die Sachverständigen fordern zuerst vom Reiche selbst eine strenge Kontrolle seiner Finanzmaschine. Kommt es trotzdem zu Störungen und zum Ausbleiben der Zahlungen, so tritt eine weitgehend bevollmächtigte alliierte Kontrolle ein. Außerdem wird ein bedeutender Teil der deutschen Einnahmen (Zoll, Verpflegungssteuer, Monopole) durch die deutschen Behörden an die Reparationskasse abgeführt, welche nach Eröffnung der Goldbank gegründet wird. Die Reparationskommission verteilt die ihr zustehenden Summen, und der Rest verbleibt dem deutschen Staatsschatz (!).

Die Heilung der deutschen Währung besorgt die Emissionsbank, welche die Reichsbank, die Rentenbank und die Schachtische Industrie-Kreditbank, die mit Londoner Geld gegründet wird, in sich aufnimmt. Diese Bank hat 400 Millionen Kapital in 4 Millionen Aktien, davon eine Million der Reichsbank zufallen gegen Ueberweisung ihres gesamten Inventars, drei Millionen den internationalen Zeichnern, die im Verwaltungsrat vertreten sind. Die Noten sind mindestens zu 1 Drittel gedeckt.

Das Gleichgewicht des Budgets und die Heilung der Finanzen beruhen auf der Einheit der Wirtschaft des Deutschen Reiches. Ohne von der militärischen Befehung zu sprechen, verlangen die Sachverständigen, daß den Deutschen im besetzten Gebiet die freie Verfügung über die Zölle, Domänen und Eisenbahnen zurückgegeben wird. Im Rhein- und Ruhrgebiet wacht ein alliierter Vertreter, um den Betrieb, d. h. die Sicherheit der Truppen zu überwachen und die Rückkehr eines geordneten Betriebes zu ermöglichen.

Die Sachverständigen schlagen eine „Zahlungsüberabhebung“ Deutschlands vor (was irrtümlich ein Moratorium genannt wurde). Entsprechend den steigenden Jahreseinnahmen zahlt Deutschland im ersten Jahre eine Milliarde, und zwar 800 Millionen aus internationalen Einnahmen und 200 Millionen Verlehrssteuern, im zweiten und dritten Jahre 1200, im vierten Jahre 1750 Millionen. Vom fünften Jahre an zahlt Deutschland

2460 Millionen, aus drei verschiedenen Kapitalien und durch verschiedene Einnahmen gedeckt. Vom sechsten Jahre an werden je nach dem deutschen Wohlstande Erhöhungen gefordert, deren Grundsätze schon jetzt genau ausgearbeitet sind.

Die 2460 Millionen des fünften Jahres setzen sich zusammen: aus Budgeteinnahmen (1500 Millionen), davon 800 Millionen Transportsteuern, 660 Millionen Eisenbahneinnahmen, 800 Millionen Industriebhypotheken.

Die Eisenbahnen müssen 50 Jahre eine Gesellschaft bilden mit einem Kapital von 26 Milliarden, geteilt in: zwei Milliarden Vorzugsaktien (1/2 zu Gunsten der deutschen Regierung und 1/2 zu Gunsten der Gesellschaft), 13 Milliarden gewöhnliche Aktien (Dividende entsprechend dem Gewinne), 11 Milliarden privilegierte Obligationen zu 6 Prozent (5 Proz. Interessen, ein Prozent Amortisationen), vom vierten Jahre an durch 37 Jahre hindurch gesichert in der Hand der Reparationskommission, 660 Millionen tragend. Die Reparationskommission hat das Recht, ihre Obligationen zu verkaufen und auf diese Weise zehn Milliarden Goldmark flüssig zu machen.

Der Plan sieht die Ausgabe von fünf Milliarden Obligationen auf der Grundlage des industriellen Besitzes vor, die der Reparationskommission übergeben werden sollen. 40 Jahre hindurch erforderten diese Obligationen eine jährliche Zahlung von 300 Millionen Goldmark (Zinsen 5 Prozent, Tilgungsrate 1 Proz.). Die Verwaltung dieser Jahreszahlungen sei einem Treuhänder übergeben, der die Zinsen dieser Hypotheken einzieht. Nicht allein, daß jeder belastete Besitzer gezwungen sei, diese Zinsen zu bezahlen, falls er sich nicht der Beschlagnahme oder dem Verkaufe seines Besitzes aussetzen wolle, sondern auch die deutsche Regierung sei für diese Zahlungen verantwortlich, in Ermangelung deren die Reparationskommission die Verzinsung und Tilgung der Obligationen durch die Einbehaltung von Steuern sichern würde, die an und für sich an die deutsche Finanzverwaltung abzuführen wären. Die Einbehaltung solle erfolgen auf Grund eines Systems, wie bei den oben angegebenen für die Eisenbahnobligationen. Diese Garantie lege die Reparationskommission in den Stand, ihre fünf Milliarden hypothekariischer Obligationen auf dem Geldmarkt anzubieten und rasch flüssig zu machen.

Jedem Defizit unter einem dieser Kapitel entspricht eine gleichartige Forderung gegenüber den anderen Kapiteln. Ein Defizit bei den Eisenbahnen oder den Hypotheken würde durch Mittel aus den fiskalischen Einnahmequellen des Reiches gedeckt werden, die über die vorgesehenen Beträge hinaus erhoben würden. Mit Recht hielten die Sachverständigen dieses letztere Problem für schwieriger als die Frage, wieviel und wie Deutschland zahlen könne. Sie schlugen die Errichtung eines ständigen Ausschusses, bestehend aus fünf Fachkommissaren, vor, zu denen ein von der Reparationskommission vorzuschlagender und von den Regierungen zu genehmigender Vorsitzender hinzukommen sollte. Dieses Komitee solle die Aufgabe haben, einerseits die Konvertierung der Kapitalien vorzunehmen bezw. einzustellen, andererseits die Verwendung derjenigen Kapitalien zu regeln, die vorübergehend in Deutschland gelassen werden müßten, weil sie sich im Augenblick nicht konvertieren ließen.

Äußerungen der Berliner Morgenpresse zu dem Sachverständigenbericht.

Berlin, 10. April. Mit Ausnahme der völkischen „Deutschen Zeitung“, die von der Verklammerung Deutschlands spricht, begegnet der Sachverständigenbericht in keinem Berliner Blatt einem schroffen Unannehmbar.

Die „Kreuzzeitung“, die schwere Bedenken hinsichtlich der unerhört hohen Leistungen, die in dem Sachverständigenbericht der deutschen Wirtschaft aufgebürdet würden, und hinsichtlich der vorgesehenen internationalen Kontrolle der deutschen Finanz- und Wirtschaftslage äußert, erklärt dennoch, daß eine schroffe Ablehnung des Gutachtens nicht unbedingt erforderlich sei. Bei jeder Diskussion über die Sachverständigenvorschläge müßten jedoch folgende Vorbedingungen vorausgeschickt werden: Räumung des Ruhrgebiets, Festsetzung einer der Leistungsfähigkeit Deutschlands entsprechenden Gesamtsumme der Reparationsverpflichtungen und Gewähr für die Finanzhoheit.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ bezeichnet den Bericht der Sachverständigen als Grundlage für Erörterungen über die Reparationsfrage, fordert jedoch von der Reichsregierung unbedingt Festbleiben in der Frage der Währungsverträge.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ kommt noch zu keinem abschließenden Urteil über die Sachverständigenurteile, betont aber, daß Deutschland sich sehr sachlich und sehr intensiv mit dem Bericht auseinandersetzen müsse.

Die „Germania“ schreibt: Ein besonderer Wesenszug der gegenwärtigen europäischen Politik ist das Mißtrauen. Der Sachverständigenbericht ist nicht mit diesem Vorurteil belastet. Das Komitee erklärt, es habe seine Grundsätze in jenem Gemeinschaftsglauben festgelegt, der die Grundlage aller Geschäfte und die beste Gewähr für den Weltfrieden sei. — Auf den sachlichen Inhalt der Vorschläge selbst, eingehend, sagt das Blatt, daß die vorgesehenen Lasten außerordentlich groß seien und daß es zweifelhaft sei, ob sie in dieser Höhe von Deutschland überhaupt tragbar seien. Daß der ganze Zahlungsplan auf der Voraussetzung beruht, daß die finanzielle und wirtschaftliche Einheit des Reiches wieder hergestellt werde, wird von dem Blatt besonders freudig begrüßt.

Auch das „Berliner Tageblatt“ und die „Vossische Zeitung“ kommen zu dem gleichen Schluß, nachdem sie ebenfalls über die Höhe der in dem Gutachten genannten Summe schwere Bedenken geäußert haben.

Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht.

Dresden, 10. April. Der unverwundliche Lebensmut des deutschen Volkes, das selbst in den schwersten Lagen nicht verzweifelte, habe offenbar den Sachverständigen einen gar zu hohen Begriff von unserer Leistungsfähigkeit gegeben. Es scheine ausgeschlossen, daß die von den Experten genannten Ziffern tragbar seien. Aber der Redner hofft auf die Möglichkeit, einen Modus vivendi vor allem aus dem Umfange zu finden, daß in dem Expertengutachten zum erstenmal der Versuch gemacht werde, das Reparationsproblem politisch zu entgiften und es mehr mit wirtschaftlichen Augen anzusehen. Die Erregung der letzten Monate in Deutschland stamme weniger aus den schweren wirtschaftlichen Lasten als daraus, daß es für ein großes Volk untragbar sei, wenn seine unmittelbaren nationalen Empfindungen von Ehre und Würde dauernd mit Füßen getreten würden. Die Verschleuderungszahlungen und ebenso die wirtschaftlich sinnlose Ausfugung Deutschlands durch das Loch im Westen seien unerträglich. Daß die Experten diesen Gedanken zum Ausdruck gebracht hätten, sei ihr Verdienst. Die volle wirtschaftliche und politische Souveränität Deutschlands möge wieder hergestellt werden. Dieser Grundsatz sei an den Anfang aller weiteren Verhandlungen zu stellen. Die Besatzungskosten müßten auf ein vernünftiges Maß reduziert werden. Die Sanktionsgebiete müßten restlos militärisch und politisch geräumt werden. 5 Jahre Krieg nach dem Kriege, das gehe über die Kraft eines wehrlosen Volkes. Das deutsche Volk wünsche nichts anderes, als wieder auf deutschem Boden deutsche Arbeit finden zu können. Es sei bereit Opfer zu bringen, aber nicht für irgendwelche imperialistische Ideen, sondern für die Wiederherstellung des friedlichen Verkehrs unter den Völkern.

Pariser Pressestimmen.

Paris, 9. April. Zu dem Bericht der Sachverständigen bemerkt der „Petit Parisien“, die Ziffern, die die Sachverständigen niedrigst festgesetzt hätten, überträfen merklich die, an die sie zu Beginn der Enquete gedacht hätten. Dieses Ergebnis ist nach dem Blatt auf die vollkommene Objektivität der Sachverständigen zurückzuführen. Was ihnen vor allem aufgefallen sei, sei der Wohlstand von Deutschland, und ihr Gerechtigkeitsgefühl habe das übrige getan. — Der linksradikale „Quotidien“ schreibt: Warum soll die bisherige Befehung nicht aufrechterhalten werden? Fragen schon jetzt die offiziellen Blätter. Der Bericht der Sachverständigen wendet dagegen nichts ein. Das sei allerdings vollkommen richtig, aber der Grund, weshalb der Bericht dagegen nichts einwende, sei der, daß diese Frage die Sachverständigen nichts angehe. Sie sei ihnen nicht unterbreitet worden und es sei Sache der Regierungen, sich

Über diesen Punkt auszusprechen. Es bestehe jedoch nicht der Schatten eines Zweifels, daß die Engländer, die Amerikaner und nach ihrem Vorbild wahrscheinlich auch die italienische Regierung — bei der letzteren habe Frankreich am wärmsten Sympathie — sich mit dieser Ausdehnung der französischen Besetzungszone nicht gerne, ja sogar überhaupt nicht abfinden würden. Auf diese Weise werde Poincaré erreichen, daß, nachdem er den Entschlüssen der Sachverständigen beigetreten sei, die Meinungsverschiedenheiten im großen und ganzen trotzdem bestehen bleiben. Indessen hoffe er vielleicht, daß man sich darüber vor den Wahlen klar werde.

Berlin, 10. April. In politischen Kreisen werden die Gutachten der Sachverständigen, soweit sie bisher bekannt geworden sind, als diskussionsfähige Basis betrachtet. Man ist allerdings der Ansicht, daß die Ziffern wohl zu hoch gegriffen sind, da sie eine steigende Prosperität der deutschen Volkswirtschaft voraussetzen. Jedenfalls wird eine eingehende Prüfung der Vorschläge erfolgen.

Paris, 10. April. Die Kammer hat am Schluß ihrer gestrigen Sitzung eine Resolution angenommen, die besagt, daß sie erwarte, daß die Regierung durch ihre Delegierten bei der Replo darauf bestehen werde, alle von Deutschland geschuldeten Reparationen zu erhalten.

Berlin, 10. April. Wie man hört, werden die Verhandlungen über die Micumverträge heute fortgesetzt. Es wird aber darauf hingewiesen, daß auch das Gutachten jede Belastung des deutschen Budgets für 1924/25 als unmöglich bezeichnet und darum konsequenterweise irgend eine Finanzierung der Micumverträge durch das Reich nicht in Frage kommen kann.

Paris, 9. April. Der Bericht des Komitees Mac Kenna schätzt die deutschen Gutachten im Auslande Ende 1923 auf rund 6% Milliarden, die Gutachten der Ausländer in Deutschland auf 1—1½ Milliarden. Als einziges Mittel, die geflüchteten Kapitalisten wieder zurückzuführen, wird die Beseitigung der Gründe betrachtet, die die Abwanderung verursacht haben, d. h. es wird vor allem für notwendig gehalten, eine stabile Währung zu schaffen, welche eine Inflation verhindert.

Amerikanische Schadenserjagansprüche gegen Deutschland.

Paris, 8. April. Nach einer Meldung des „Newport Herald“ aus Washington annulliert die Entscheidung des Gemischten Ausschusses für die Regelung der Schadenserjagansprüche einen großen Teil der Ansprüche gegen Deutschland mit einem Federstrich. Zahlreiche versenkte Schiffe, zugegebenermaßen Munition an Bord, in jedem Fall, in dem Deutschland diesen Tatbestand nachweisen kann, fällt der amerikanische Schadenserjaganspruch unter die erwähnte Entscheidung. Die Gemischte Kommission hat übrigens im Laufe ihrer einjährigen Amtstätigkeit 57 Opfern der versenkten „Lusitania“ insgesamt 1 Million Dollar Schadenserjag zugesprochen, was die erste greifbare Entscheidung auf diesem Gebiete darstellt.

Frankreichs Antwort auf die deutsche Demarche.

Berlin, 8. April. Das französische Ministerium des Aeußern hat dem deutschen Botschafter in Paris auf dessen Demarche wegen Sicherung der Wahlfreiheit im besetzten Gebiet am 4. April folgendes Schreiben zugehen lassen: Der deutsche Botschafter hat am 22. März dem Ministerium des Aeußern ein Aide memoire überbracht, in dem die französische Regierung auf die demnächst fälligen Reichstagswahlen hingewiesen wird mit der Bitte, ihre Vertreter im besetzten Gebiete anzuweisen, diese Wahlen durch gewisse genau umschriebene Maßnahmen zu erleichtern. Indem das Ministerium des Aeußern den Empfang dieses Schriftstückes bestätigt, gestattet es sich, die deutsche Botschaft darauf hinzuweisen, daß die französische Regierung, wie sie schon wiederholt erklärt hat, nicht beabsichtigt, sich in innerdeutsche Angelegenheiten zu mischen und demzufolge auch nicht zur nächsten Wahl Stellung nehmen will. Daher sind nach Ansicht der Regierung der Republik die in dem Aide memoire des deutschen Botschafters aufgeworfenen Fragen zwischen der interalliierten Rheinlandskommission und den französischen Kommandos einerseits und den örtlichen deutschen Behörden andererseits zu regeln. In diesem Zusammenhang gestattet sich die französische Regierung, die deutsche Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß die Beamten der Republik in Koblenz und der kommandierende General der Rheinarmee geneigt sind, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Wahlhandlungen nicht nur zu ermöglichen, sondern sie auch zu erleichtern unter der einzigen Bedingung, daß die öffentliche Ordnung nicht gestört wird und die Sicherheit der Truppen der Besatzungsmächte gewährleistet bleibt. — Was die bestimmten Gesuche der deutschen Regierung betrifft, so beehrt sich das Ministerium des Aeußern, der deutschen Botschaft nachstehend das sehr weite Maß bekanntzugeben, in dem die örtlichen alliierten Behörden ihnen statzugeben bereit sind: 1. Betreffs der Wahlversammlungen scheint es möglich, die jetzt durch Verordnung der Rheinlandskommission auf 48 Stunden angelegte Anmeldefrist zu verkürzen. Der Oberkommissar der Republik wird diese Frage seinen Kollegen vorlegen und seinen Untergebenen in der französischen Zone anweisen, daß keine regelmäßig angemeldete Versammlung zu reinen Wahlgewinnen irgendwie behindert wird. 2. Betreffs des Verkehrs zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutsch-

land ist der Reichsregierung bekannt, daß er für alle im Rheinland wohnhaften Personen völlig frei ist. Personen, die dort nicht ihren Wohnsitz haben, könnte ein für die Wahlperiode gültiger Passierschein ausgestellt werden, falls es sich um Kandidaten oder Parteisekretäre handelt und deren Namen mit Nachweis ihrer Persönlichkeit der Rheinlandskommission mitgeteilt wird. Diese Vergünstigung könnte jedoch denjenigen Deutschen, die von der Kommission aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden sind, nicht gewährt werden, außer wenn sie Kandidaten sind. Auch dann könnte sie ihnen nur für einen Zeitraum von 14 Tagen Höchstdauer und unter dem Vorbehalt erteilt werden, daß der Aufenthalt des betreffenden zu keiner Handlung gegen die Sicherheit der Besatzungstruppen oder gegen die Würde der Besatzungsmächte Anlaß gibt. 3. Betreffs der Pressefreiheit scheint keine Maßnahme zu ergreifen zu sein. Die Presse unterliegt im besetzten Gebiet keiner Zensur und wenn es vorkommt, daß die Rheinlandskommission Strafmaßnahmen gegen deutsche Zeitungen betreibt, so geschieht dies lediglich auf Grund von Artikeln, die der Sicherheit der Besatzungstruppen schaden könnten. Diese Handlung könne nicht aufgegeben werden. Uebrigens schadet sie dem normalen Gebrauch der Pressefreiheit in keiner Weise. 4. Betreffend Stimmabgabe der aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen Personen scheint es nicht möglich, ihnen allen durch eine allgemeine Maßnahme das Recht zu geben, am Wahltag nach ihrem Wohnsitz zurückzukehren, um in ihrem Wahlbezirk eine Stimme abzugeben. Die Reichsregierung ist sich dieser Unmöglichkeit so voll bewußt geworden, daß sie am 17. März eine Verordnung erlassen hat, wonach die ausgewiesenen auf die Wahlliste ihrer jetzigen Wohnsitz gesetzt werden. Die Frage ist also tatsächlich durch die deutschen Behörden selbst gelöst worden; jedoch behalten sich die französischen Behörden vor, im Geiste besonderen Wohlwollens, doch ohne sich in dieser Hinsicht zu binden, die Rückkehr der Ausgewiesenen, deren Anwesenheit im besetzten Gebiet nicht mehr erwünscht sei, zu erleichtern. 5. Was den Vorschlag der Reichsregierung betrifft, Vertreter des deutschen Innenministeriums zu unmittelbaren Verhandlungen mit der Rheinlandskommission, sowie über die Wünsche, die durch die Wahlvorbereitungen noch aufzutauchen könnten, nach Koblenz zu entsenden, so sieht die französische Regierung die Notwendigkeit davon nicht ein, da Beamte mit einem entsprechenden Auftrag für die übrigen Teile Deutschlands nicht vorgesehen sind und die deutsche Verwaltungsbehörde im Rheinland ebenso vorhanden ist wie im unbesetzten Deutschland. Für die Wahlen müsse ihre Anwesenheit genügen, um die Regelmäßigkeit der Wahlen sicherzustellen. Indes behält sich die Regierung der Republik eine weitere diesbezügliche Antwort an die Reichsregierung vor.

Die französische Regierung bezweifelt nicht, daß die oben angeführten Anordnungen geeignet sein werden, der Reichsregierung voll Genüge zu leisten. Sie enthalten bezüglich der Regelmäßigkeit der Wahlen in der Tat Bürgschaften, die einem Zustande gleichkommen, wie er im altbesetzten Gebiet hätte sein müssen, und wenn man bedenkt, daß der militärische Belagerungszustand, der Ausnahmezustand im ganzen übrigen Deutschland aufrecht erhalten bleibt.



Ihr Kapitalmangel

vergrößert sich, wenn Sie nicht rechtzeitig durch Anzeigenreklame den Absatz Ihres Geschäftes heben.

Zur auswärtigen Lage.

Kredit für die in Rußland gefangenen Franzosen.

Paris, 10. April. Der Senat hat gestern mit 284 gegen 5 Stimmen den von der Kammer angenommenen Gesetzentwurf gebilligt, der einen Kredit von 5 Millionen Franken für die in Rußland gefangenen gefangenen Franzosen bewilligt. Senator de Morzil erklärte hierzu, daß es für Frankreich vorteilhaft wäre, die Beziehungen zu Rußland wieder aufzunehmen. Er stellte an den Ministerpräsidenten diesbezüglich eine Reihe von Fragen. Der Ministerpräsident drückte sein Erstaunen darüber aus, daß ein Problem von dieser Wichtigkeit bei Gelegenheit einer Kreditbewilligung aufgeworfen werde und erklärte, daß die Regierung der Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen keine Hindernisse in den Weg lege.

Haag, 10. April. Wie das Niederländische Korr.-Büro erfährt, ist die Wiederaufnahme der holländisch-russischen Beziehungen binnen kurzem zu erwarten.

Deutschland.

Anlagen wegen politischer Delikte.

Berlin, 8. April. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ist gegen den verantwortlichen Redakteur des Blattes, Ernst Reutter, in Folge Verfügung des Oberreichsanwalts die

Voruntersuchung wegen Landesverrates eröffnet worden. Das Verfahren gründet sich, wie das Blatt angibt, auf die am 3. Februar erfolgte Veröffentlichung des Briefes eines Hiltroffiziers namens Götz, der eine Schilderung seiner Beteiligung an den Münchner Umsturzwahlversuchen vom 8. und 9. November vorigen Jahres gab. Weiter beziehe sich der Oberreichsanwalt auf Polemiken, die der „Vorwärts“ am 5. und 9. Februar gegen die bayrische Regierung und gegen das Wehrkreiskommando Stuttgart richtete.

Berlin, 8. April. Die ehemaligen sog. Reichstagsabgeordneten Zubeil und Dr. Moses, sowie die früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten Höllein, Kemmele und Frölich sind, dem „Vorwärts“ zufolge vor den Untersuchungsrichter geladen worden, weil sie sich gegen den § 305 des Reichsstrafgesetzbuches vergangen haben sollen. Die angeschuldigten früheren Abgeordneten hatten am 24. Juli 1922, dem Tage der Ermordung Rathenaus, den Reichstagsabgeordneten Helfferich im Reichstag mit dem Rufe „Mörder hinaus!“ begrüßt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. April 1924.

Beerdigung von Oberamtspfleger Hans Fechter.

Einer unserer besten Mitbürger, ein Mann der unverdrossenen Arbeit, ein Beamter von reichem Wissen und Können ist mit Oberamtspfleger Fechter aus dem Leben geschieden. Früher von unverwundlicher Gesundheit wurde er vor einigen Wochen auf das Krankenlager gelegt, von dem er nicht mehr aufstehen sollte. Im Krankenhaus, dessen Verwalter er von der Erbauung des Hauses her gewesen war, und wo er die aufopfernde Pflege fand, starb er am Samstagabend mit großer Ergebung. Seine ganze Lebenskraft widmete er der Amtsförderung. Dieses Amt verwaltete er mit der ihm eigenen, größten Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit. Er war ein leuchtendes Vorbild eines Beamten von altem Schrot und Korn, dem die Arbeit und das Amt über alles ging und der durch langjährige Erfahrung sich ein sicheres Urteil in allen Fragen der Bezirksverwaltung aneignete. Große Verdienste erwarb er sich um die Erweiterung des Straßennetzes der Amtsförderung und um die Erbauung und Verwaltung der beiden Krankenhäuser. Tag für Tag begab er sich in das Krankenhaus, um die dort anfallenden Aufgaben zu erledigen. Nichts war ihm zu schwer und unüberwindlich, wenn es galt, die Interessen des Bezirks wahrzunehmen und die Verwaltung auf eine sichere Grundlage zu stellen. Daneben fand er noch Zeit, auch anderen Aufgaben sich zu widmen. Mit großer Umsicht und Energie leitete er 28 Jahre lang dem Landwirtschaftlichen Bezirksverein, dessen Schriftführer und stellvertretender Vorstand er war, die erprießlichsten Dienste und fand bei der Landbevölkerung die größte Anerkennung. Seit der Gründung des Bezirkswohltätigkeitsvereins vor 15 Jahren widmete er auch diesem Verein in uneigennützigster Weise seinen Rat und seine Kraft; ebenso war er ein treues, eifriges Mitglied des evangelischen Kirchengemeinderats, dem er aus innerstem Antrieb durch seine tiefe Religiosität mit seinen ausgezeichneten Verwaltungs- und organisatorischen Kenntnissen die trefflichsten Dienste leistete. In politischer Beziehung war er ein überzeugtes Mitglied der Bürgerpartei und in dieser Partei vermöge seiner konservativen Gesinnung und seiner Gewandtheit in der Beurteilung der politischen Fragen hervorragend tätig. Ein Mann von lauterem, solidem Charakter, von vornehmer Gesinnung und reichen Geistesgaben steht der Verstorbene vor seinen Mitbürgern in der Stadt wie auch bei den Ortsvorstehern und Gemeindepfleger des Bezirks. Sein Scheiden wird allgemein bedauert und der Dank von vielen Vertretungen und Personen für seine wohlwollende Art zu helfen und zu raten, wird ihm über das Grab hinaus folgen. Das überaus zahlreiche Beilegenbegängnis sowohl von hier als von auswärts war der Ausdruck der Liebe und Hochachtung, die der Verstorbene sich bei Lebzeiten in allen Kreisen erworben hat. Besonders zahlreich waren die Ortsvorsteher, die Gemeindepfleger und viele Mitglieder des landwirtschaftlichen Vereins erschienen. Die Grabrede hielt Delan Jeller, der ein offenes Lebensbild des Entschlafenen entrollte und die Verdienste desselben um Stadt und Bezirk rühmend hervorhob. Nach der Rede des Geistlichen wurden noch verschiedene Ansprachen gehalten, die alle die vielseitige Arbeit und Verdienste des Verstorbenen anerkannten und dem Schmerz Ausdruck verliehen, daß dieser wackere und tüchtige Mann vom Tode ereilt worden sei. Kränze wurden niedergelegt von Oberamtmann Götz im Namen der Amtsförderung, von Verwaltungsaktuar Staudenmeyer im Namen der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten, von Oberamtspfleger Rapp (Nagold) im Namen der Vereinigung württembergischer Oberamtspfleger, von Fabrikant Blank im Namen des ev. Kirchengemeinderats, von Direktor Sannwald im Namen der Bürgerpartei, von Kaufmann Knecht im Namen des landwirtschaftlichen Bezirksvereins, von Oberlehrer Küchle im Namen des Briefmarkenvereins und von dem Hausmeister des Bezirkskrankenhauses im Namen der Angestellten. Bei der ganzen Trauerversammlung herrschte das wehmütige Gefühl: Wir haben heute einen guten, tüchtigen, echt deutschen Mann begraben.

Vaterländischer Abend.

Dem Beispiel anderer Städte folgend, wird auch am hiesigen Tage der Bezirks-Kriegerbund einen vaterländischen Abend veranstalten. Als Termin für die Veranstaltung des Abends ist der 22. April vorgesehen. Alles weitere wird im Anzeigenteil dieser Zeitung angekündigt.

Wendling-Quartett.

Am 29. April gibt das Wendling-Quartett im „Babilischen Hof“ einen Kammermusikabend. Es dürfte wohl kaum nötig sein, auf das Konzert empfehlend hinzuweisen. Das Wendling-Quartett hat Weltruf und spielt so wundervoll, daß seine Darbietungen zum musikalischen Erlebnis werden. Die drei Streichquartette von Schumann, Brahms und Haydn, welche hier gespielt werden, gehören zu den schönsten Werken der Kammermusikliteratur. Wir haben es der Einladung hiesiger Musikfreunde zu verdanken, daß uns Gelegenheit geboten wird, die berühmten Künstler in diesem und hoffentlich auch in den folgenden Jahren hier zu hören. Es wird zu empfehlen sein, sich die Plätze rechtzeitig im Vorverkauf zu besorgen, da anzunehmen ist, daß das Konzert vor ausverkauftem Saal stattfindet.

Stellvertreter des Staatspräsidenten.

(S. B.) Stuttgart, 9. April. Zum Stellvertreter des Staatspräsidenten wurde Minister Holz bestellt.

Von der Deutschen demokratischen Partei.

(S. B.) Stuttgart, 9. April. Der Ausschuß der Deutschen demokratischen Partei von Groß-Stuttgart hat den seitherigen Minister Dr. Hieber und Dr. Schall den wärmsten Dank für ihre Tätigkeit und insbesondere dafür ausgesprochen, daß sie in den Kämpfen der letzten Tage das Ansehen der Regierung und die Hoheit des Staates tatkräftig gewahrt haben.

Zur Neuordnung der öffentlichen Fürsorge.

(S. B.) Stuttgart, 5. April. Nach der demnächst im Regierungsblatt erscheinenden württ. Landesfürsorge-Verordnung bestand der Landesfürsorgeverband aus den Amtskörperschaften. Er wird von einer Landesfürsorgebehörde geleitet und verwaltet. Die laufenden Geschäfte führt ein Landesfürsorgeauschuss mit 2 Vorsitzenden, die Staatsbeamte sind. Die Hauptfürsorgestelle für Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene wird unter der Leitung des zweiten Vorsitzenden der Landesfürsorgebehörde als besondere Abteilung mit dem Sitz in der Kotebühlstraße fortgeführt. Der bisherige Leiter der Hauptfürsorgestelle ist mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des zweiten Vorsitzenden beauftragt. Diese Abteilung führt unter der Oberaufsicht des Arbeitsministeriums die Geschäfte der Hauptfürsorgestelle im wesentlichen im bisherigen Umfang weiter. Durch entsprechende Regelung des Aufsichtsrechtes ist die bestimmungsmäßige Durchführung der Kriegsfürsorge gewährleistet. Die Bedenken, als ob die Kriegsbeschädigtenfürsorge der Armenfürsorge angegliedert und die Hauptfürsorgestelle als besondere Betreuungsstelle verschwinden werde, sind hiernach nicht begründet. Neben der Kriegsfürsorge sind der Hauptfürsorgestelle noch die Aufgaben der Sozialrentner- und der Wochenfürsorge übertragen worden, soweit sie den Landesfürsorgeverband betreffen. Bezüglich der Sozialrentnerfürsorge sind die Fürsorgeträger künftig nicht mehr die Gemeinden, sondern die von den Amtskörperschaften zu bildenden Bezirksfürsorgeverbände. Die Richtlinien für die Fürsorge erfahren erhebliche Veränderungen, insbesondere ist die seitherige Höchstgrenze der Unterstützung beseitigt worden. Für die erste Aprilhälfte kann eine Unterstützung nicht gewährt werden. Die Rentenempfänger müssen für diesen Zeitraum auf die ihnen durch die Post ausbezahlten Renten verwiesen werden. Spätestens am 16. April sollen die für die 2. Aprilhälfte zu bewilligenden Unterstützungen durch Vermittlung der Gemeindebehörden zur Zahlung angewiesen werden.

Reinerwerb.

(S. B.) Stuttgart, 9. April. Die Landw. Berufsgenossenschaft für den Neckarkreis hat den Unfallrentnern folgendes Schreiben geschickt: Sie beziehen von uns eine Unfallrente von 10 Proz. der Vollrente mit vierteljährlich 26 M. (Reichsmark), die zurzeit nach gesetzlicher Vorschrift mit einer Mindestzahlung von 10 Milliar-

den Reichsmark abgegolten wird. Eine Rentenzulage kann Ihnen nach dem Gesetz nicht gewährt werden, weil die Rente weniger als 20 Proz. beträgt. Nach Lage der Gesetzgebung sind wir auch nicht berechtigt, die nicht mit Zulagen ausgestatteten Renten von uns aus zu erhöhen (aufzuwerten). Da der Betrag von 10 Milliarden Mark den mit der Anweisung, Auszahlung und Abhebung verbundenen Aufwand an Zeit und Geld nicht rechtfertigt, auch eine wirtschaftliche Bedeutung für Sie selbst nicht besitzt, haben wir in der Voraussetzung Ihres Einverständnisses die Rentenzahlung ab 1. April 1924 eingestellt. Sollten Sie wider Erwarten trotzdem die Auszahlung wünschen, so sind wir bereit, den Betrag wieder anzuweisen. — Ein Pfennig Rente im Vierteljahr — draßlicher könnte die Finanzpolitik des Reiches nicht gebrandmarkt werden.

Deutscher Tag.

(S. B.) Stuttgart, 9. April. Nachdem das Württ. Ministerium des Innern durch Verfügung vom 24. März öffentliche Versammlungen aus Anlaß des Deutschen Tages verboten hat, beschloß der Landesverband der Vereinigten Vaterländischen Verbände von Württemberg und Hohenzollern, die Abhaltung der Tagung auf eine gelegener Zeit bis nach den Wahlen zu verschieben.

Streik.

(S. B.) Stuttgart, 9. April. Seit heute morgen stehen sämtliche im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter der orthopädischen Betriebe Stuttgarts im Streik wegen Verweigerung ihrer Forderungen nach höheren Löhnen.

Berichtigung.

(S. B.) Stuttgart, 7. April. In einem Bericht über die Rede des Kultministers Dr. v. Hieber zur Frage des Schulabbaus war davon die Rede, der Minister habe anerkannt, daß die geplanten Maßnahmen eine nicht unwesentliche Verschlechterung des Unterrichtswesens herbeiführen, ja sogar ein Verbrechen bedeuten. Den Ausdruck Verbrechen hat der Minister nicht gebraucht.

Kaiser Tod.

(S. B.) Ulm, 9. April. Mit dem Schnellzug aus Stuttgart kam abends ein Reisender hier an, der in einem der ersten Hotels abstieg. Nachdem der Fremde am Vormittag nicht zum Vorschein kam und allerlei Zweifel sich um seine Person woben, prüfte man das ihm zugewiesene Zimmer nach und fand den Mann als Leiche vor. Die Begleitumstände ließen den Vorgang etwas geheimnisvoll erscheinen. Die Polizei- und Gerichtsbehörden haben sich der Angelegenheit sofort angenommen und die Untersuchung eingeleitet. Daß ein Verbrechen vorliegen könnte, wird nicht angenommen. Die Untersuchung wird den Fall wohl bald aufklären.

Wetter für Freitag und Samstag.

Der Hochdruck über Mitteldeutschland leistet einer starken Depression in Skandinavien noch erfolgreich Widerstand. Für Freitag und Samstag ist indessen mehrfach bedecktes, nachts kälteres, tagsüber mildes Wetter zu erwarten.

Zum Wahlkampf.

Der Landtagswahltag.

(S. B.) Stuttgart, 5. April. Durch Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 5. April sind, wie schon länger bekannt, die Wahlen zum württ. Landtag für Sonntag, den 4. Mai 1924, festgesetzt worden.

Landtagskandidaten.

(S. B.) Stuttgart, 9. April. In einer Mitgliederversammlung der Bürgerpartei wurden als Kandidaten für den Wahlkreis Stuttgart an vorderster Linie aufgestellt: Regierungsrat

Bazille, Fabrikant Fritz Wiber, Verwalter Hermann Hiller, Albert Mehr, Vorstandsmitglied des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbands, und Oberregierungsrat Köster.

(S. B.) Tübingen, 9. April. Die Ortsgruppe Tübingen der Deutschen Volkspartei hat Schultheiß Rath aus Lustnau an die Spitze ihres Stimmzettels im Wahlkreis Tübingen gelehrt.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	4210,5 Ma.
1 Goldmark	1000 Ma.
1 franz. Franken	254,1 Ma.
1 schweiz. Franken	737,6 Ma.
1 holl. Gulden	1573,9 Ma.
Reichsindexziffer	1,03 Mill.
Goldumrechnungsjahr für Steuern	1000 Ma.

Calwer Vieh- und Schweinemarkt.

Bei dem am 9. April abgehaltenen Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt waren insgesamt 140 Stück Rindvieh zugeführt. Darunter befanden sich 8 Ochsen, 12 Stiere, 1 Färren, 44 Kühe, 42 Kalbinnen, 32 Rinder. Bezahlt wurde für Ochsen 700—800 M., Zugtiere 400—500 M., Kühe 230—500 M., Rinder 150—200 M. je pro Stück, bei geringer Kauflust. Auf dem Pferdemarkt war nichts zugeführt. Dem Schweinemarkt waren 26 Läufer- und 325 Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurde für Läufer 70 bis 100 M., für Milchschweine 20—30 M. je pro Stück. Der Handel ging sehr flau, da der Geldmangel bei den Landeuten sich sehr bemerkbar machte.

Märkte.

(S. B.) Forstheim, 9. April. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 42—47, Rinder 1. 45—50, Ochsen und Rinder 2. 32—40, Kühe 20—35, Färren 30—38, Käber 52—59, Schweine 67—70 Pfg.

Schweinemärkte.

Kieblingen: Zufuhr 495 Milchschweine, 4 Läufer. Milchschweine kosteten 20—30 M., Läufer 40—50 M. — Tettnang: Zufuhr 90 Ferkel (verkauft 45) und 5 (3) Läufer. Preise für Ferkel 15—25 M., für Läufer 35—45 Mark. — Tuttlingen: Zufuhr 85 Milchschweine. Verkauft wurden 75, Preis 35—45 M. das Paar.

(S. B.) Ludwigsburg, 9. April. Zufuhr 19 Läufer und 121 Milchschweine. Verkauft wurden 10 Läufer und 80 Milchschweine. Preis für Läufer 38—85, für Milchschweine 20—32 M., je pro Stück. Der Verkauf ging der hohen Preise wegen langsam.

Fruchtmärkte.

(S. B.) Heidenheim: Preise pro Ztr.: Kernen 11.40 M., Weizen 11.50, Gerste 10.60 M. — Mengen: Weizen 10 M., Gerste 10 M. pro Ztr. — Kieblingen: Weizen 10—10.50, Gerste 10.40—10.50, Haber 8.50—9.50, Weizen 13.50 M. pro Ztr.

Weinversteigerung.

(S. B.) Klein O. Heilbronn, 8. April. Bei der letzten, von der Weingärtnergenossenschaft abgehaltenen Weinversteigerung wurde alles verkauft. Erlöse für Rotwein 140—160, Weißriesling und Weißgemischt je nach Qualität 100—140 M., je pro Hektoliter.

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. Baeschle, Calw.
Druck und Verlag der K. Dellstätter'schen Buchdruckerei, Calw.

MAGGI'S Würze

Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S Würze.**

hilft in der Küche sparen.

Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen **MAGGI'S Würze.**

Vorteilhaftester Bezug in plombiert. Originalflaschen Nr. 6.



Ostelsheim.



Langholz-Verkauf.

Die hiesige Gemeinde bringt aus dem Gemeindeforest, Abt. Säglweg, im Submissionsweg zum Verkauf:

Tannen:

9,13 I., 13,50 II., 8,52 III., 3,85 IV., 1,67 V., 0,37 VI. Klasse.

Sägholz: 6,76 I., 5,32 II. Klasse.

Schriftliche Angebote nach Prozents der laufenden Forsttage werden bis **Dienstag, den 15. April 1924, nachmittags 7 Uhr**, um welche Zeit auf dem Rathaus über den Zuschlag verhandelt wird, erbeten.

Den 9. April 1924.

Gemeinderat.

Ostelsheim.



Farren zum Schlachten

dem Verkauf aus. Offerten wollen bis **Dienstag, den 15. April 1924, nachmittags 7 Uhr**, nach Zentner-Lebendgewicht beim Schultheißenamt eingereicht werden.

Den 9. April 1924.

Schultheißenamt.

Jedes Kind will einen Osterhasen!

Für 2 Kilogramm Lumpen oder entsprechend Alteisen oder Altmetall bekommen Sie einen großen Osterhasen!
Andreata, Hirsau.

Büchstenwaren und Pubartitel

sowie

Treppenleitern Blumenständer

Fliegenschränkchen

Nudelbretter Schemel und sonstige Holzwaren

empfeht

Aug. Schaufelberger

Möbel repariert gut und billig
der Obige.

Sie wieder unter

Nr. 125

an das
Telefonnetz
angeschlossen.

H. G. Eißig

Flaschnermeister.

Verloren Sib. Brosche, Subi äumstaler, gestern Abend zwischen 1/8 und 6 Uhr, von der neuen Brücke bis zum Bahnhof. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe Badstraße 366 abzugeben.

Ein kleines **Geldtäschchen** mit etwas Inhalt **gefunden.** Abzuholen auf dem Telefonamt Speßhardt.

Suche mittelgroßen **Begleithund** unentgeltlich, welcher wegen der Steuer abgetreten würde. Muß machsam und folgsam sein und darf nicht jagen.
Bullinger, Waldschülz, Simmozheim.

Calw, 8. April 1924.

Dankfagung.



Die liebevolle Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters, Vaters und Bruders

Hans Fechter Oberamtspfleger

erfahren durften, hat unseren betäubten Herzen wohlgetan. Wir bitten, auf diesem Wege für alle Liebe und Ehrung unseres teuren Entschlafenen herzlich danken zu dürfen.

Familie Fechter.

Nach Oken verläßt die herangewachsene Söhne u. Töchter das Vaterhaus u. die Mutter richtet ihre kleine Ausrüstung zusammen. Die Anschaffung eines soliden

Reisekoffer

wird brennend, denn der oder die junge Weltreisende braucht einen solchen mit guten Schließern, um in der Fremde die Kleidung u. Wäsche sicher vor fremdem Zugriff oder Neugierde aufbewahren zu können. Koffer u. Reiseetaschen in jeder Preislage u. Ausführung billigt im

Sport-Haus Reichert
an der Brück.

Katarrh

Sie finden sofort Hilfe. Broschüre kostenlos durch
W. Hamann & Co.
Stuttgart
Hohenheimerstr. 1.

Calw :: Badischer Hof.

Dienstag, den 29. April, 8^{1/4} Uhr abends,

Kammermusikabend

Wendling Quartett

Streichquartett von Schumann (A-dur), Brahms (B-dur), Haydn (C-moll)

Karten zu M. 2.50 u. M. 1.50 im Vorverkauf in der Buchhdlg. Kirchherr.

Drucksachen aller Art

liefert rasch die Druckerel dieses Blattes.

Calw, den 9. April 1924.

Todesanzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Sohn und Bruder

Otto

nach nur stüßigem Krankenlager im Alter von 15 Jahren seiner Schwester in die ewige Heimat nachgefolgt ist.

Um stille Teilnahme bittet:
Familie Gottlob Buch.

Beerdigung Samstag Nachmittag 3 Uhr.

Oberkollbach, den 8. April 1924.

Todesanzeige.

Berwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Tochter

Regine Kraft

nach längerem Leiden im Alter von 17 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefer Trauer:
Familie Kraft.

Beerdigung Freitag, den 11. April, vormittags 10 Uhr.

Achtung!

Herde (schwarz und emaille)
Defen, Waschkessel
Räucher-Apparate und
Bügelöfen hält ständig auf Lager
Otto Kazenmaier, Bad Liebenzell.

Meiner werten Kundschaft zur Mitteilung, daß ich
von Samstag ab
wieder backen kann.

Es wird mein eifriges Bestreben sein, meiner Kundschaft gute Waren zu liefern.

Sonstags empfehle ich mich auch
höflich in süßem u. mürbem Gebäck,
(Hefenkränze u. Kuchen in jed. Preislage), täglich auch in Laugenbroteln

Achtungsvoll

Hermann Schnürle, Bäckerei
Bäder gibt jederzeit ohne vorherige Bestellung ab.
Der Obige.

Pfannkuch & Co

Frisch
eingetroffen:
Kabeljau

Pfund 32 Pfg.
gewässerte
Stockfische

Pfund 35 Pfg.

Pfannkuch & Co

Bodenöl
Bodenwache
Bodenlack
Ofenlack
Ofenwache
Ritterdrogerie
Calw.
Fernsprecher 163.

Einen 1 Jahr alten, erstklassigen, raffinierten Deutschen

Schäferhund
mit Stammbaum, verkauft preiswert

Richard Bleiholder
Gärtnermeister
Birkensfeld, Hauptstr. 113.

Sehe dem Verkauf aus:
einen 10 Monate alten

Deutschen
Schäferhund
(Hündin), sehr wachsam,
Farbe schwarz, gelb gezeichnet.
Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Eine Ziege
mit 2 Jungen
verkauft

Gustav Eisele, Schleiferer
Hirsau.

2 schöne
Riggen
verkauft
Elisabethe Sackenhelmer
Alzenberg.

Bodenwachs

Büffel-Beize

streichfertig
beizt, wuchst u. glänzt
Treppen, Tannen- u. Pitschpinoböden.

Hersteller:
Noch & Schenk, chem. Fabrik A.G.
Ludwigsburg gegründet 1893

Bekleidung
Ausstattung
Paul Rüdiger, Calw.

Reichhaltige Auswahl in
Konfitüren
und
Marmeladen
finden Sie bei

Fritz Freudenberger Fernspr. 53.

Gesucht

wird ein zuverlässiges
kräftiges

Mädchen

nicht unter 20 Jahren für
Hausarbeit, das Kochen zu
erlernen.
Konditorei und Café
Wurster.

Mädchen-
Gesuch.
Suche für sofort ein
älteres Mädchen
für meine Metzgerei und
Wirtschaft zum „Bären“
Stammheim.

Wir haben für Calw
nebst großer Umgeb. den
Allein-Verkauf bezw.
General-Vertretung
unserer weltbekannten, gut
eingeführten
elektro galvanischen
Original Wohlmut
Heilapparate

zu vergeben. Bewerber
wollen sich direkt an uns
wenden.
G. Wohlmut & Co.
A.-G. Konstanz,
Kreuzlingerstraße 47 a

Auf 1. Mai

Mädchen gesucht

für Küche und Hausarbeit.
Belegbarkeit, das Kochen zu
erlernen.

Konditorei und Café
Wurster.

Mädchen- Gesuch.

Suche für sofort ein
älteres Mädchen
für meine Metzgerei und
Wirtschaft zum „Bären“
Stammheim.

Kartoffeln
tauscht gegen Most
Uhrengeschäft Sticker,
Calw.

1 Belgischer
Riesen-Kammer
steht zum Decken frei

bei
H. Knoll, Vorstadt.

Wahlversammlung.

Freitag, den 11. April, abends 8 Uhr im
Badischen Hof findet ein

Vortrag von Herrn Reichs- und
Landtagsabgeordneter Bazille
statt. Thema:

Wohin führt der Weg?

Sebermann ist eingeladen.

Württ. Bürgerpartei.

Am Samstag
und Sonntag
halte ich

Mekelsuppe

wozu höflichst einladet

Gustav Luz, Schießberg.



Reparatur - Ski

(Brüche, Neubiegung usw.)
in die Fabrik ab. Abzu-
geben bei
E. Schlaich, Salzgasse.

Herren- und Damen- Fahrrad

beide neu, sowie schönen,
hellbraunen
Damentuchmantel
verkauft preiswert.
Wilh. Sus, Liebenzell.

Ottenbronn. Eine erstklassige

Schaffkuh

verkauft
Jakob Hamann.
Verkaufe zwei schöne, stärkere

Läufer- schweine

Schultheiß Mast
Altbühl.

Ein Paar braune Damenhalbschuhe und ein Paar braune Herrenstiefel

beide so gut wie neu, billig
abzugeben.
Wer, sagt die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Guterhaltenen Warenschrank

frisch lackiert,
hat zu verkaufen.
Wer, sagt die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Zu verkaufen einen neuen Wagen

oder unter zwei guterhaltenen
Wagen die Wahl.
Lörcher, Speckhardt.

Einige Zentner Stroh

verkauft
Fran Kirchherr
b. Bären, Stammheim.

Einen guterhaltenen Liegeporwagen

mit Verdeck,
hat zu verkaufen.
Wer, sagt die Geschäfts-
stelle ds. Bl.